

Ein offenes Geheimnis



**‘Arisierung’ in Alltag
und Wirtschaft in Oldenburg
zwischen 1933 und 1945**

Katalog der Ausstellung

ISENSEE VERLAG

Impressum:

**MitarbeiterInnen
der Ausstellung und Redaktion:**

Jan Beckmann
Anke Egblomassé
Mathias Krispin
Juliane Litsch-Landfried
Patricia Mühr
Melanie Pust
Margarete Rosenbohm-Plate
Katrín Sauer
Tanja Schäfer
Ronald Sperling

**Katalogredaktion
und Bearbeitung:**

Mathias Krispin
Patricia Mühr
Melanie Pust
Tanja Schäfer

**Wissenschaftliche Beratung
und Betreuung des Projektes:**

Herausgeber: Werkstattfilm e.V.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich
ISBN 3-89598-815-4

© 2001 Isensee Verlag, Haarenstraße 20, 26121 Oldenburg - Alle Rechte vorbehalten
Gedruckt bei Isensee in Oldenburg

Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	5
1. 'Arisierungen' 1933-1938	9
1.1 Boykott	10
1.2 'Arisierung' des Alltags	14
1.3 Schule	16
1.4 Viehhandel	19
1.5 'Arisierung' des Gewerbes	24
1.6 'Übernahmeanzeigen'	32
1.7 Industrie- und Handelskammern	35
2. 'Arisierungen' 1938-1940	41
2.1 Listen der IHK	43
2.2 'Wilde Arisierungen' in der Pogromnacht vom 9./10. November 1938	45
2.3 'Arisierung' und 'Liquidation' des Gewerbes	46
2.4 Liste der 'arisierten' Betriebe zwischen 1933 und 1945	55
3. Häuser	57
3.1 Straßenverzeichnis	62
3.2 Jüdisches Leben in Oldenburg: Häuser, Wohnungen und Geschäfte	74
4. Emigration	
4.1 Kontrollierte Auswanderung: Reichsfluchtsteuer und Devisenbestimmungen	76
4.2 Die tragische Flucht der Familie Goldschmidt	77
4.3 Kontoplünderungen	84
4.4 Abgaben und Versteigerung von Umzugsgut	89
4.5 Hausdurchsuchungen und Haushaltlisten	100
4.6 Kontosperrern	102
4.7 Emigrierte Oldenburger	106
5. Deportation	114
5.1 Deportation der polnischen Juden	116
5.2 Versteigerung von Hausrat	119
5.3 'Hollandmöbel'	125
5.4 Deportation nach Minsk	127
6. Nationalsozialistische Sondergesetze und Maßnahmen gegen Juden 1933 -1945	130
Quellen	136
Literatur	136

Vorwort

In den 1990er Jahren wurde das Thema 'Arisierung' sukzessive von der deutschen NS-Forschung aufgegriffen. In verschiedenen Städten wie Düsseldorf, Göttingen, Hamburg, Marburg, Münster, etc. entstanden bereits Forschungsarbeiten, die sich mit dem Raub des Vermögens der jüdischen Bevölkerung während der NS-Herrschaft befassen.

In der Stadt Oldenburg i. O. nahm sich der Verein Werkstattfilm diesem noch unerforschten Teil seiner Stadtgeschichte an. Nach über 50 Jahren gestaltete sich die Recherche als äußerst schwierig, da die Archivbestände teilweise vernichtet oder nicht zugänglich sind. Erschwert wurde die Arbeit jedoch vor allem durch die Tatsache, dass nicht ausschließlich die Opfer der 'Arisierungen' im Mittelpunkt stehen, sondern gleichermaßen die Profiteure sichtbar werden: Neben staatlichen und andere Institutionen beteiligte sich die deutsche Bevölkerung aktiv an der antisemitischen Politik und viele sahen in der 'Arisierung' die Chance, ein Haus, einen Laden oder auch nur einen Küchenschrank billig und rechtlich legitimiert zu erwerben.

Vor diesem Hintergrund stieß das Projekt „Arisierung“ in Wirtschaft und Alltag in Oldenburg und dem Oldenburger Land 1933-1945“ des Vereins Werkstattfilm bei der Recherche und Bearbeitung auf wenig Unterstützung, sowohl in finanzieller wie politischer Hinsicht. Die Oldenburgische Landesbank signalisierte zunächst Kooperationsbereitschaft, die letztendlich doch verweigert wurde; die Landessparkasse zu Oldenburg lehnte eine Zusammenarbeit von Anfang an kategorisch ab. Auch das Oldenburger Amtsgericht sowie das Standesamt und das Kulturdezernat der Stadt zeigten kein Interesse, die Arbeit aktiv zu unterstützen.

Somit dauerte die Recherche und Aufbereitung des Materials vier Jahre, da die vorbereitenden Arbeiten größtenteils auf ehrenamtlicher Basis geleistet wurden. Ziel war es, die Ergebnisse in Form einer Ausstellung, eines Dokumentarfilms und eines Katalogs der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dieses Projekt sollte von einem dokumentarischen und gleichzeitig künstlerischen Charakter geprägt sein und ein breites Publikum ansprechen. Die Ausstellung konnte nur ein erster Schritt in der öffentlichen Darstellung und Diskussion um den ökonomischen und gesellschaftlichen Enteignungsprozess sein und somit keinen Anspruch auf vollständige Bearbeitung des Themas erheben.

Die Vorbereitung und Realisierung des Projekts wäre ohne einige engagierte Personen nicht möglich gewesen. Wir danken besonders Prof. Werner Boldt, Prof. Ahlrich Meyer sowie Hiltrud und Roland Neidhardt für ihre jahrelange Unterstützung. Die Durchführung der Ausstellung ist der Förderung durch die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren (LAGS) des Landes Niedersachsens und des persönlichen Einsatzes des regionalen LAGS-Beraters Dieter Hinrichs zu verdanken. Darüber hinaus bedanken wir uns beim Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB), dem Oldenburger Stellwerk, der Stadt Oldenburg und dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Carl von Ossietzky Universität, die uns in finanzieller und/oder personeller Hinsicht förderten.

Werkstattfilm e.V.

Einleitung

Die politische Landschaft Oldenburgs war in den ersten Jahren der Weimarer Republik von den damaligen demokratischen Parteien SPD, Zentrum, DDP und DVP dominiert. Die neue Oldenburger Verfassung von 1919 räumte dem Landtag wenig Einfluss auf die Oldenburger Regierung ein. Letztere war mit der Vollmacht über die Exekutive und einem Mitspracherecht bei der Judikative ausgestattet. Der Landtag hatte dadurch deutlich weniger politische Entscheidungsfähigkeiten als die Regierung. Die demokratischen Koalitionsparteien waren in der so genannten 'Weimarer Koalition' verbunden, bis diese auseinanderbrach und das Land durch drei neutrale Ministerialräte und einem höheren Beamten der Zentrumsparterie regiert wurde. Ursprünglich war dieses Modell nur als Übergangslösung gedacht, hatte aber letztendlich neun Jahre Bestand. Die Parteien waren unfähig, sich auf eine Regierungskoalition zu einigen und das Beamtenministerium entwickelte über die Jahre eigene Strukturen, die sich verfestigten. Ihre Politik fußte auf der Vorstellung einer unabhängigen und rationalen Regierungsweise und der Landtag akzeptierte seine zweitrangige Position hinter der Regierung und entzog sich damit jeglicher politischen Verantwortung. Für das Scheitern der demokratischen Regierung waren weitere Faktoren ausschlaggebend:

Die Oldenburger Bevölkerung war traditionell stärker im Regionalpatriotismus des Großherzogtums als in der parlamentarischen Demokratie des Landtags verwurzelt. Die 'Übergangsregierung' machte zudem durch kontraproduktive Debatten, über politische Zielsetzungen und einer damit einhergehenden Entscheidungsunfähigkeit von sich reden. Diese Defizite wurden von der Lokalzeitung *Oldenburger Nachrichten für Stadt und Land* bereitwillig ausgeschlachtet. Im Landtag machte besonders der NSDAP-Abgeordnete Carl Röver, der spätere Gauleiter Oldenburgs, mit antisemitischen Beleidigungen demokratischer Abgeordneter auf sich aufmerksam. Infolge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung fühlte sich die Bevölkerung zunehmend von ihrer Regierung im Stich gelassen. Bei den folgenden Wahlen erlebte die Oldenburger NSDAP einen kontinuierlichen Aufstieg. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 brachten ihr einen Stimmenanteil von 27,3 Prozent und die Kommunalwahlen in der Stadt Oldenburg im November 1930 insgesamt 40,6 Prozent der Wählerstimmen. Bei einer weiteren Reichstagswahl im Mai 1931 verbesserte sie ihr letztes Ergebnis auf 37,2 Prozent. Doch die Nationalsozialisten konnten ihre Wahlversprechen nicht einlösen, denn auch sie waren nicht in der Lage, eine neue Regierung zu bilden. Die folgenden zwei Jahre waren von Steuerstreiks bestimmt und die Wirtschaftslobby übte massive Kritik an der bestehenden Regierung. NSDAP und KPD waren entschlossen, die bestehende Regierung abzuwählen und brachten einen Volksentscheid ein, der den Landtag auflöste und damit Neuwahlen erzielte. Im Mai 1932 wurde die NSDAP mit fast 50 Prozent zur stärksten Fraktion. Mit Hitlers Rückendeckung wurde Carl Röver Ministerpräsident, der kein Regierungsprogramm vorweisen konnte und zunächst mit der Lösung der aktuellen Missstände überfordert schien. Nicht zu übersehen war nach der Abschaffung der demokratischen Strukturen die Installation eines totalitären Systems (Schaap, Klaus: *Oldenburg Weg ins „Dritte Reich“*, Oldenburg 1983, S. 11 ff).

Während der Weimarer Republik waren die deutschen Juden rechtlich der übrigen Bevölkerung gleichgestellt und besetzten staatliche und politische Ämter. Die jüdische Kultur und Religion waren ebenfalls staatlich anerkannt. Gleichzeitig blieb der Antisemitismus fest in der Alltagskultur verwurzelt. Mit Beginn der Wirtschaftskrise 1929 potenzierten sich antisemitische Hetze und Boykotte, vornehmlich gegen jüdische Einzelhändler. 1925 waren im Deutschen Reich 45 Prozent der Juden in diesem Wirtschaftszweig tätig. In Oldenburg betrieben von den 1933 in Oldenburg ansässigen rund 550 Juden über 60 ein selbstständiges Gewerbe. Davon waren mindestens 15 Prozent in der Textilbranche ansässig. Über 35 Prozent der Gewerbetreibenden waren im Viehhandel tätig. Nur wenige arbeiteten im öffentlichen Dienst oder waren als Angestellte oder Handwerker beschäftigt. 1933 gab es drei Juden in akademischen Berufen: der Rechtsanwalt und Notar Löwenstein, der Arzt Dr. Rosenthal und der Augenarzt Dr. Stein. Die zugewanderten 'Ostjuden' verdienten ihren Unterhalt 1930 meist mit 'Produktwaren'- oder Gebrauchtwarenhandel sowie mit so genannten Partiewaren wie Eier, Geflügel etc. Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellungen der Oldenburger Juden wurden sie als eine homogene Minderheit angesehen, die mit der wachsenden Hinwendung der Bevölkerung zum Nationalsozialismus scheinbar folgerichtig zur Zielscheibe von Unzufriedenheit und Hass wurde.

Nach der 'Machtergreifung' 1933 in Oldenburg nahmen die antisemitischen Ausschreitungen weiter zu. Nach dem reichsweiten Wahlerfolg der NSDAP erhielt das gewaltsame Vorgehen gegen Juden, Kommunisten, Sinti und Roma, Homosexuelle und andere 'politische Feinde' eine gesetzliche Grundlage. Durch staatlich organisierte Boykottaktionen sollte Juden jegliche materielle Grundlage entzogen und gleichzeitig der 'arisierete' Besitz in die Hände von Nichtjuden übertragen werden.

Der Begriff der 'Arisierung' entstammt dem völkischen Antisemitismus des frühen 20. Jahrhunderts. Er wurde nach 1933 von den Nationalsozialisten in die Behördensprache eingeführt und ging in der darauffolgenden Zeit auch in die Alltagssprache der Bevölkerung über. 'Arisierung' steht in erster Linie für den Raub des Vermögens der jüdischen Minderheit. 'Arisierung' bedeutete zugleich einen umfassenden Enteignungsprozess, der von der alltäglichen Ausgrenzung der Juden über ihre Vertreibung bis hin zur Ausbeutung jüdischer Zwangsarbeiter und zur Verwertung des Zahngoldes der Ermordeten reichte (Bajohr, Frank: 'Arisierung' als gesellschaftlicher Prozess, in: Wojak, Irmtrud/Hayes, Peter (Hgg.): 'Arisierung' im Nationalsozialismus- Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 2000, S. 15).



Die 'Arisierung' ist folglich nicht nur als politischer, sondern vielmehr als gesamtgesellschaftlicher Prozess zu begreifen, an dem die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aktiv beteiligt war. Dieser Prozess verlief im Wesentlichen in zwei Phasen. In der ersten Phase von 1933 bis 1938 wurden die jüdischen Deutschen dazu gedrängt, ihren Besitz meist unter Wert an 'arische' Bewerber zu verkaufen. Dieser Bewerberkreis bestand hauptsächlich aus privaten Geschäftsleuten, die nicht selten ihre ehemaligen Konkurrenten aufkauften. In der zweiten Phase von 1938 bis 1940 waren vermehrt auch Parteianhänger und Funktionäre als Profiteure aufgetreten, da ab dem Sommer 1938 die 'Arisierung' zur Aufgabe des Staates erklärt wurde. Für Oldenburg lässt sich diese Beobachtung nicht bestätigen, da nur wenige NSDAP-Angehörige als 'Arisierer' bekannt wurden.

War die 'Arisierung' in den Anfangsjahren des NS-Regimes durch antisemitische Propaganda forciert und unterstützt worden, radikalisierte der Staat das Vorgehen gegen jüdische Gewerbetreibende durch eine Fülle antijüdischer Verordnungen und Maßnahmen. Einige Faktoren für die Zurückhaltung des Staates in den ersten Jahren waren, dass einerseits die deutsche Wirtschaft nicht durch den Boykott ausländischer Regierungen geschwächt werden sollte. Andererseits hätte die sofortige Enteignung der Betriebe jüdischer Inhaber ein zu großes Risiko für die wirtschaftliche Binnenstabilität bedeutet. So gab es beispielsweise während der Olympischen Spiele im Jahr 1936 nur wenige antisemitische Angriffe von Seiten des Staates und der Bevölkerung. Das Regime wollte dem auf Deutschland schauenden Ausland keine Angriffsfläche bieten (Barkai, Avraham: Vom Boykott zur Entjudung. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933 - 1945, Frankfurt a. M. 1987, S. 67). Das bedeutete nicht, dass es nicht dennoch zu Übergriffen auf Juden kam. Der Oldenburger Franz Reyersbach, Inhaber eines Fahrradgeschäfts am Damm 4, wurde am 28. September 1936 von der Gestapo auf Grund seiner früheren Mitgliedschaft in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und seiner kritischen Haltung gegenüber dem NS-Staat verhaftet. Nachdem er drei Wochen im Gefängnis eingesperrt hatte, wurde er am 20. Oktober 1936 in das Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg gebracht und starb am 14. Dezember 1936 an den Folgen der an ihm verübten Misshandlungen (Goertz, Dieter: Juden in Oldenburg 1930 - 1938, Oldenburg 1988, S.103). Franz Reyersbach war das erste Todesopfer des nationalsozialistischen Terrorregimes der jüdischen Gemeinde Oldenburg.





Samuel Lazarus

Samuel Lazarus wurde am 13.10.1887 in Stapelmoor (Ostfriesl.) geboren. Er hatte zwei Brüder, Paul und Simon Lazarus, die wie er im väterlichen Betrieb den Beruf des Landwirts erlernten und gleichzeitig im Oldenburger Viehhandel tätig wurden.

Im Mai 1922 heiratete er die Oldenburgerin Gerta Jakobs. Sie hatten drei Kinder: Jan, Ilse und der frühverstorbene Klaus.

1914 trat Samuel Lazarus als Kriegsfreiwilliger beim 19. Dragoner-Regiment in Oldenburg ein und kämpfte als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg. 1917 wurde er verwundet und kehrte zurück nach Oldenburg, wo er weiterhin Mitglied des Oldenburger Dragonervereins blieb.

Nach Ende des Krieges baute er sich am Damm 30 seine Existenz als Viehhändler auf. Mit Beginn des 'Judenboykotts' erlitt auch er finanzielle Einbußen. Am 30. September 1938 wurde ihm endgültig die Handelskonzession entzogen und er musste seinen Betrieb schließen. Nach seiner Verhaftung in der Pogromnacht wurde er am 11. November aus dem Oldenburger Gerichtsgefängnis entlassen. Kurz darauf ging er mit seiner Frau Gerta und der Tochter Ilse nach Hamburg.

Sein Sohn Jan Lazarus kam 1938 mit einem der Kindertransporte nach England und überlebte den Krieg als britischer Soldat.

Samuel Lazarus konnte die Deportation seiner Familie noch einige Zeit hinauszögern. Doch am 23. Juni 1943 wurden auch sie ins KZ Theresienstadt deportiert. Samuel überlebte dort bis zur Befreiung durch die Alliierten. Seine Frau und seine Tochter wurden nach Auschwitz gebracht und dort ermordet.



Jan Lazarus 11 Jahre alt,
5. von links, obere Reihe;
vor ihm Manfred Jacobs.

In den ersten drei Jahren des nationalsozialistischen Regimes war die Schulpolitik vornehmlich mit personellen Umstrukturierungen beschäftigt. Politische 'Feinde' und Juden wurden aus dem Schuldienst entlassen. Danach sollten auch die jüdischen Schüler vom Unterricht ausgeschlossen werden. Bis zu ihrem Ausschluss mussten die meisten jüdischen Kinder unter den Diskriminierungen der Lehrer und ihrer Mitschüler leiden:

„Das eine Jahr bist Du der Beste in der Klasse, das zweite Jahr bleibst Du sitzen. Das dritte Jahr war meine Mutter so klug und sagte: 'Der Junge muss da weg!' Man konnte ruhig sagen: 'Eins und eins sind zwei!' Dann sagte man ihnen: 'Er hat gesagt, eins und eins sind vier.'“

(Zahedi, Farschid: Interview Lazarus, Oldenburg 1999)

Einige Eltern schickten ihre Kinder zum Privatunterricht, um ihre Erziehung weiterhin ermöglichen zu können. Der Aufenthalt in der Schule wurde zum täglichen Spießrutenlauf zwischen Denunziationen und Hetze durch Lehrer und Mitschüler, deshalb schickten einige Eltern ihre Kinder zum Privatunterricht, um ihre Erziehung weiterhin ermöglichen zu können.

Margot Rozema, geb. Tahl, schildert die Schikane in den Klassenzimmern wie folgt:

„Jeden Morgen mussten wir alle aufstehen - die nicht in der Hitlerjugend waren. Das war ich dann jedesmal, und zwei Mädchen, das waren Kommunisten ... Wir mussten jeden Montag wieder aufstehen, weil wir nicht in der Hitlerjugend waren. Ja, und dann wurde das eben so vor der Schule erklärt: die sind ja immer noch nicht drin! Wurde aber nie gesagt, warum nicht. (...)

Wir mussten mal'n Aufsatz machen - vergess ich nie - der hieß: Was der Schmarotzer in der Pflanzenwelt ist, das ist der Jude unter den Menschen!

Das war der Titel! Da mußt' ich 'n Aufsatz machen... Ich konnte gut Aufsätze machen, das lag mir, mocht' ich gerne ... Das hab ich getan! Ich hab ja damals noch nicht gewußt, warum ich das nicht tun sollte... Da hab ich 'ne gute Note für bekommen. Da ist dieser Ernst S., der hatte nämlich selbst 'ne schlechte Note, der ist aufgestanden und hat den Lehrer da vorne angesprochen: Warum kriegt Margot Tahl 'ne Eins und ich nur 'ne Drei ?? Der Herr Rektor, das war einer, der hatte auch wieder Angst, der hat mir meine Note verändert!“

(Zahedi, Farschid, Interview Rozema, Winschoten 2000)

Nachdem die Einführung des *Berufsbeamtengesetzes* jüdischen Lehrern die Arbeit an öffentlichen Schulen verboten hatte, sollte auch die Anzahl der jüdischen Kinder in den Klassen begrenzt werden. Am 25. April 1933 wurde das *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* erlassen.

Mit dem *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* erfolgte auch an Oldenburger Schulen die systematische Auflistung jüdischer Schüler und Schülerinnen.

Z. 44 - 112
Jüdische Schule.

Oldenburg, den 18. Mai 1933.

Tgb. Nr. 999..

Verfügung Nr. I 3077 vom 12.V.33.

Betrifft
das Gesetz gegen die Überfüllung
deutscher Schulen und Hochschulen
vom 25.IV.1933.---

Eingegangen
18.MAI.1933

In den Klassen V - OI, die eine Gesamtstärke von
543 Schülerinnen aufweisen, befinden sich folgende Schüle-
rinnen nichtarischer Abstammung:

- | | | |
|----------|------------------------------|---------------|
| 1. OI b, | Käthe Gröschler-Jever, | israelitisch; |
| 2. UIIc, | Susanne de Haas-Oldenburg, | " |
| 3. IV a, | Marjanne Schiff-Oldenburg, | " |
| 4. IV c, | Inge Cohen- Oldenburg, | " |
| 5. IV c, | Eva Goldschmidt-Oldenburg, | " |
| 6. IV c, | Ingeborg Liepmann-Oldenburg, | " |

In der Frauenschule sind nur Schülerinnen arischer Abstammung

Für die Aufnahme in VI waren die nachfolgenden Schüle-
rinnen angemeldet und bislang nicht aufgenommen worden:

1. Anneliese Löwenstein-Oldenburg, israelitisch;
2. Paula Hirschberg-Oldenburg, "
3. Lotte Heyersbach-Oldenburg, "

Anneliese Löwenstein habe ich nach der Verfügung Nr. I 3077,
letzter Absatz, heute aufgenommen, da der Vater, der Rechts-
anwalt Dr. Löwenstein, nach Aussage von Herrn Min.Rat Dr.
Christians (bei dem der Militärpass liegt) Frontkämpfer war,
die Mutter des Kindes ferner arischer Abstammung ist.

Die Anmeldung von Paula Hirschberg ist heute zurückge-
zogen worden. Die Schülerin ist bereits in der vergangenen
Woche in dem Liebfrauen-Lyzeum eingeschult worden.

Vom Staatsministerium zu entscheiden wäre demgemäß

Betrifft
das Gesetz gegen die Überfüllung
deutscher Schulen und Hoch-
schulen vom 25. April 1933.

das Staatsministerium,

noch

Auf die Verfügung vom 12.V.
(Nr. I 3077).

Oldenburg.

Das Gymnasium besuchen 5 nichtarische Schüler:

Paul Gerson V

Helmut Goldschmidt V

Hermann Löwenstein IV

Gesamtzahl der Schüler: 194.

Nichtarische Schüler sind zu Ostern d.Js. nicht aufgenommen
worden, auch haben solche die Aufnahme nicht begehrt.

Reisler

Die Zahl der 'jüdischen' Schüler sollte nicht über 1,5 Prozent der gesamten Schülerschaft steigen. Die einzelnen Schulen verfassten Listen der 'jüdischen' Schüler und beschlossen, ihre Anzahl in den Klassen möglichst klein zu halten. Dies beschreibt beispielsweise ein Auszug aus einem Artikel der *Oldenburger Nachrichten* vom 11.9.1935:

„Der rassenfremde, jüdische Schüler bildet in der Klassengemeinschaft mit arischem Schüler und Lehrer einen Fremdkörper. Sein Dasein erweist sich als ein außerordentliches Hindernis im deutschbewußten nationalsozialistischen Unterricht und macht die notwendige, in der Rasse begründete Übereinstimmung zwischen Lehrer, Schüler und Lehrstoff unmöglich.“

Rassentrennung auf öffentlichen Schulen

Einrichtung von Judenschulen Ostern 1936

Ab Ostern 1936 sollte die 'Arisierung' der Schulen offiziell durch die Einrichtung entsprechender 'Judenschulen' vollzogen werden. Im Oktober 1937 gründete der damalige Landesrabbiner Leo Trepp eine jüdische Schule in der Oldenburger Synagoge. Nach dem Novemberpogrom 1938 musste die Schule viermal umziehen. Zuletzt wurden die Kinder in der Kurwickstraße 5 unterrichtet. 1940 wurde die Schule aufgelöst und nach Hamburg verlegt (Goertz, Dieter: *Juden in Oldenburg 1930 - 1938*, Oldenburg 1995, S.106 f).

Nach der 'Entjudung' der Schulen wandte sich die nationalsozialistische Schulreform stärker der ideologischen Umstrukturierung zu. Doch der Einfluss des Staates auf die Lehrinhalte hielt sich in Grenzen. Es gab neue Richtlinien für Geschichtsbücher und die Themen 'Rasse und Vererbung' mussten in den Abschlussklassen behandelt werden. Der neue Unterrichtsschwerpunkt 'Rassenkunde' wurde meist in den Biologieunterricht integriert (Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hgg.): *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 1997, S. 205 f).



Der Lehrer Josef Katzenberg mit seinen Schülern in der Peterstraße
(Foto aus Goertz, Dieter: *Juden in Oldenburg*, S. 185).

Viehhandel



Viehhandel auf dem
Osternburger Markt
(Privatarchiv Friedrich Tahl)

Der Handel mit Vieh gehört zu den ältesten Berufen der Juden in Deutschland. Der Beruf des Viehhändlers ging im späten Mittelalter aus dem des Schlachters hervor. Ein Ursache für die große Anzahl von Juden in diesem Gewerbe lag in dem jüdischen Gebot nur koscheres Fleisch zu verzehren. Da der Fleischverkauf allein nicht zur Existenzsicherung ausreichte, kam der Handel mit Tieren hinzu.

In den frühen dreißiger Jahren gab es in Ostfriesland etwa 300 jüdische Viehhändler, sie stellten damit 76 Prozent der gesamten Berufsgruppe in dieser Region (Teubner, Werner: Jüdische Viehhändler in Ostfriesland und im nördlichen Emsland, 1871 - 1942, Cloppenburg 1995, S. 36). Der wichtigste norddeutsche Viehmarkt war der Gallimarkt in Leer.

Die Stadt Oldenburg verfügte über drei Orte, an denen Vieh gehandelt wurde: auf dem Gelände des Pferdemarkts, auf dem Nutztviehhof am Stau sowie auf dem Pferdemarkt in Osternburg. Auch hier nahmen die jüdischen Viehhändler eine dominierende Position ein.

Der *Verein der Viehhändler vom Freistaat Oldenburg und Umgebung*, in dem die meisten jüdischen Viehhändler organisiert waren, wurde im Mai 1933 verboten und aufgelöst. Am 4. April 1933 wurde der *Reichsverband nationaler Viehhändler Deutschlands* gegründet, zu dem 'Nicht-Arier' keinen Zutritt mehr hatten.

Die Anzeige über die Tagung des Reichsverbandes nationaler Viehhändler kündigt den Kampf gegen jüdische Viehhändler an. Ziel sei es, „daß der deutsche Bauer sein Vieh nur dem deutschen Viehkaufmann anvertraue“.

Reichsverband nationaler Viehhändler

Der Reichsverband nationaler Viehhändler Deutschlands hielt am Sonnabend unter der Leitung des Vorsitzenden H. Lampe-Wüsting im großen Saale der „Astoria“ eine über Erwartung gut besuchte Versammlung ab. Der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal bezeugt das allgemein vorhandene Interesse an den zur Verhandlung stehenden Punkten der Tagesordnung. Der Vorsitzende Lampe ergriff nach einer kurzen Begrüßung das Wort zu einem groß angelegten Referat über

„Die Bedeutung eines nationalen und deutschen Viehhändler-Standes“.

Ausgehend von der Schicksalswende des 5. März 1933 in der Reichspolitik wurden zunächst die bisherigen Verhältnisse im Viehhandel skizziert. Früher sei der christliche Händler nur der Handlanger und Elave der jüdischen Viehhändler gewesen. Damit würde jetzt ausgeräumt werden. Die deutschen Viehhändler würden, wenn nicht alles trüge, das bestimmen, was im Viehhandel zu erfolgen und wer die Handelsverläufe zu erhalten habe. Das Programm der nationalen Viehhändler sei im Jahre 1932 von einer kleinen Schar aufgestellt und bislang strikte durchgeführt worden. Das Ziel sei die reiflose Wertung des deutschen Viehbestandes durch deutsche Viehhändler. Wenn auch der Boykott der jüdischen Geschäfte auf Befehl der nationalsozialistischen Reichsregierung zunächst bis Mittwoch wieder eingestellt worden sei, so sei doch der Kampf dahin aufzunehmen, daß der deutsche Bauer sein Vieh nur dem deutschen Viehkaufmann anvertraue.

(Oldenburger Nachrichten für Stadt und Land, 3.4.1933, Landesbibliothek Oldenburg)

Jan Lazarus schildert, wie auf einem der größeren Viehmärkte in der Region, dem Gallimarkt in Leer, die Tiere in 'arische' und 'jüdische' Kühe unterteilt wurden:

„In Leer, die nächste Stadt in Ostfriesland, da ist ein Gallimarkt. (...) Da waren wir jedes Jahr mit 40-50 Kühen. Nachher stand da: arische Kühe, Judenkühe. Die Juden mussten, wir mussten rechts rum gehen und die Christen gingen links. Und der ganze Handel, der bestand ja meist aus Juden. Hundert Juden und zehn Christen. Der Handel war doch fest in jüdischen Händen. Damals 1930. Uns gehörten auch die Weiden am Strandbad. Auf 90 Jahre gepachtet. (...) Johann Bernhard Müller, der Viehhändler, dessen Sohn schrie: ‚Hier kommen die Judenkühe!‘ Ich hör's noch. Wir trieben die Kühe.. ‚Ah, hier kommen die Judenkühe!‘“

(Zahedi, Farschid: Interview Lazarus, Oldenburg 1999)

Vereinzelt gab es immer noch Bauern, die trotz des inoffiziellen Verbots mit jüdischen Viehhändlern handelten. Der Führer der Kreisbauernschaft Friesland versuchte mit Drohungen, den Handel zwischen 'arischen' Bauern und 'jüdischen' Viehhändlern zu unterbinden.